

SPEZIALDEBATTEN

ÖVP

Gemeinderätin Sissi POTZINGER

Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, sehr geschätzter Herr Finanzstadtrat und übrige Stadträtinnen und Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren, die Sie uns heute besuchen auf der Galerie, sehr geehrte Damen und Herren Spitzenvertreter unserer Beamtenschaft!

Ich freue mich, heute in meinem Spezialredebeitrag etwas zum Thema Soziales, Frauen, Familie und Generationen sagen zu dürfen. Sozialpolitik soll gesellschaftspolitische Weichen für die Zukunft stellen. Wir wollen nicht das Scheitern verwalten, sondern ins Gelingen investieren, dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Was Sozialpolitik anderer Fraktionen betrifft, habe ich jetzt ein interessantes Zitat in der Presse gefunden. Das darf ich Ihnen zur Kenntnis bringen. Wörtliches Zitat: „Aus meiner Sicht wird in der SPÖ viel zu wenig über die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen diskutiert. Ich spüre eine intellektuelle Hilflosigkeit, die dann in eine praktische Unbeholfenheit mündet.“ Dieser desaströse Befund für die Sozialpolitik der SPÖ stammt vom ehemaligen SPÖ-Sozialminister Erwin Buchinger, was brauchen wir mehr? Es ist ja wirklich interessant, die SPÖ trägt auf allen Ebenen die Hauptverantwortung in der Sozialpolitik, sie stellt den Regierungschef, den Sozialminister, den Soziallandesrat und - last, not least - die Sozialstadträtin. Ob im Bund, im Land oder in der Stadt: Überall fehlt der Mut zu einer echten Reform, die soziale Sicherheit und gleichzeitig den Anreiz zu mehr Einsatz der Talente und Stärken, die jeder Mensch hat, bringt. Die Vollkasko-Gratis-Mentalität lähmt die Freude an der Leistung - wir brauchen keine soziale Hängematte, sehr wohl aber ein Sicherheitsnetz mit Trampolinwirkung, mit einem Wort, eine proaktive Sozialpolitik (*Applaus ÖVP*). Barak Obama hat kürzlich seinen Landsleuten zugerufen, die wirtschaftlich schlechte Gesamtsituation darf keine Ausrede für Leistungsverweigerung sein und schwierige Familienverhältnisse sind keine Entschuldigung für fehlende Anstrengung. Was wir brauchen, ist Empowerment, Stärkung der Stärken, das weiß jedes Kind. Sie kennen

die nette Kinderbuchserie Bob der Baumeister, der schon den Kindern zuruft, ja, wir schaffen es, wir sind optimistisch, wir werden in Graz auch in Zukunft einen guten positiven Kurs fahren, wir wollen auf jeden Fall erreichen, dass auch das Sozialressort hier endlich nachzieht und vorhandene Konzepte umsetzt.

Sehr geehrte Frau Stadträtin Elke Edlinger: Deine Amtsvorgängerin Tatjana Kaltenbeck-Michl hat in Zusammenarbeit mit dem Amt für Jugend und Familie und dem Sozialamt die Sozialraumorientierung vorgeschlagen und ein Konzept angedacht, das nun verwirklicht ist, und zwar höchst erfolgreich im Amt für Jugend und Familie. Bedauerlicherweise verweigert das Sozialamt hier die Mitarbeit unter deiner Führung. Das führt dann zu massiven Mehrgleisigkeiten, wie mein Kollege Kurt Hohensinner anhand konkreter Beispiele aufgezeigt hat, wo sich zum Beispiel in einer Familie bis zu vier Sozialarbeiterinnen einander bei ein und derselben Familie die Türklinke in die Hand geben. Diese Mehrgleisigkeiten muss man abstellen, da kommt es zu keinem Qualitätsverlust, ganz im Gegenteil, zu einem Qualitätsgewinn für die Familien, aber gleichzeitig zum sparsameren Einsatz der Ressourcen (*Applaus ÖVP*).

Höchst wertvoll ist die kürzlich präsentierte Transferstudie von Joanneum-Research, sie zeigt auf, wo es Mängel gibt bei Leistungsanreizen, dass so manche Leute bei höherem Bruttoeinkommen dann plötzlich netto weniger herausbekommen, ist ein Signal für eine punktuelle Leistungsfeindlichkeit des Systems und deshalb fürchtet die SPÖ diese Studie wie der Teufel das Weihwasser, denn die SPÖ hat Angst, wenn das bekannt wird, was in der Studie steht, laufen ihr die letzten fleißig arbeitenden Genossen auch noch davon (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Arroganz kommt vor dem Fall.

GRin. **Potzinger:** Ein Transferkonto soll aufzeigen, wie viel jemand an Transferleistungen erhält; im Gegensatz zur SPÖ-Horrorpropaganda ist keine Rede

von Veröffentlichung der Zahlen, so wie das derzeit bei den Bauern der Fall ist, wo jeder im Internet nachschauen kann, wie viel der Nachbar an Förderungen bekommt, nein, das Transferkonto soll dem betroffenen Bürger zeigen, wie viel er an Transferleistungen erhält. Im Übrigen von der Gebietskrankenkasse bekommen wir auch die Aufstellung, was sie jährlich für uns einzahlt und wir haben ja ein Recht darauf, auch zu sehen, was für Mittel wir zurückbekommen vom eingezahlten Steuergeld, beziehungsweise was die Allgemeinheit da einzahlt, um auch die Sozialleistungen entsprechend finanzieren zu können. Es ist nur recht und billig, dass Kostenwahrheit bezüglich der Transferleistungen mehr Bewusstsein für die sorgsame Verwendung von Steuergeldern schafft und dazu beiträgt, dass Ungereimtheiten korrigiert werden. Vorige Woche hat mir eine Pensionistin in Graz erzählt, die über 30 Jahre lang fleißig eingezahlt hat in das System und jetzt nur wenige Euro über der Mindestrente ist, dass sie gerade knapp über den Anspruch auf diverse Sozialleistungen ist, sie hat keine Gebührenbefreiungen, Heizkostenzuschüsse usw., hat netto weniger im Börsl als Sozialhilfeempfänger, da liegt ein struktureller Fehler vor. Dr. Franz Prettenthaller, der Studienautor von Joanneum Research, hat es so treffend formuliert: Leistung muss sich lohnen! Jeder brutto zusätzlich verdiente Euro muss unterm Strich etwas bringen (*Applaus ÖVP*). Insbesondere junge Mittelstandsfamilien leiden derzeit unter steuerlichen Nachteilen, vor allem dort, wo sich ein Elternteil hauptberuflich einige Jahr lang um die kleinen Kinder kümmert und der Partner Alleinverdiener ist - die SPÖ verweigert seit Jahren jegliche Verhandlungsbereitschaft im Bereich der Berücksichtigung von Unterhaltsverpflichtungen im Steuerrecht. Sozialpolitik spielt sich auf allen politischen Ebenen ab, ich vermisse hier immer die starke Stimme unserer Sozialstadträtin Richtung Wien, dass sie von ihren Genossinnen und Genossen einfordert, endlich hier für mehr Gerechtigkeit zu sorgen (*Applaus ÖVP*).

Zum Thema Kinderbetreuung: Selbstverständlich brauchen wir auch in Graz noch mehr Kinderbetreuungsplätze für Unterdreijährige und im Bereich der Nachmittagsbetreuung von Schulkindern - dafür haben unsere Stadtreger Sonja Grabner und Detlev Eisel-Eiselsberg im vorliegenden Budget für das kommende Jahr bestens vorgesorgt (*Applaus ÖVP*). Es darf nicht verschwiegen werden, dass dafür beachtliche Mittel notwendig sind. Wir wissen, was Kinderkrippenplätze im Vollpreis kosten, bis zu 1.500 Euro, die Eltern zahlen - sozial gestaffelt - durchschnittlich 100

Euro, den Rest investiert der Steuerzahler, es geht hier nicht um Neiddebatte, sondern um Kostenwahrheit. Es muss auch das Bewusstsein geschaffen werden für den Wert der Leistungen, die Familien erbringen. Wir wünschen uns "Familienglück nach Wahl", das ist unsere Devise. Wenn Eltern ihre Erwerbsarbeit reduzieren oder unterbrechen, um ihre Kinder ohne Inanspruchnahme von Betreuungseinrichtungen zu versorgen und das Mittagessen zu Hause gekocht wird, so gebührt ihnen der gleiche Respekt wie Familien, die Betreuungseinrichtungen brauchen. Ich spreche hier nicht vom Kindergarten - der ist für jedes Kind, unabhängig von der Familienform, als wichtige Bildungseinrichtung unverzichtbar. An dieser Stelle möchte ich unserem Familienstadtrat sehr herzlich für seine Tageselternförderoffensive danken, es ist vorbildlich, dass in Graz Krippen ausgebaut, aber auch Tagesmütter intensiv gefördert werden durch die Sozialstaffel und den Investitionskostenzuschuss. Vielen Dank, Herr Stadtrat. Das gute Miteinander der städtischen und privaten und kirchlichen Einrichtungen sei hier auch erwähnt und vor allem auch die Initiative und die vielfältigen Programme zur sozialen Integration und zur Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund.

Ein kurzes Wort noch zum Ehrenamt. Ich war entsetzt, dass Frau Stadträtin Edlinger bei einer Veranstaltung des Schumpeter-Forums ausgesprochen hat, derzeit brauchen wir leider noch Ehrenamtliche, in Wirklichkeit brauchen wir den Rechtsanspruch für alle. Frau Stadträtin, wir brauchen das Ehrenamt und wir brauchen den Einsatz, vor allem im Seniorenbereich, es ist nicht einzusehen, dass du nicht bereit bist, den Standort Amtshaus für das Seniorenbüro aufrechtzuerhalten. Nütze doch die ehemaligen Räumlichkeiten der Trafik, unsere Senioren haben es verdient, dass ihre Anliegen ganz zentral und leicht erreichbar behandelt werden (*Applaus ÖVP*).

Zum Schluss, und die Frage stellt sich, wollen wir in Zukunft eine kinder- und familienfreundliche solidarische Leistungsgesellschaft oder ewig gestrige Klassenkämpfer, die uns die Lust auf die Zukunft verderben? Mit Neid- und Feindbildern des vorvorigen Jahrhunderts ist kein Staat zu machen. Ich empfehle "Family Mainstreaming" als neues Gestaltungsprinzip - die Familie als Schule der Menschlichkeit, sozialen Handelns. Wir sind uns unserer Verantwortung als christlich-soziale Gesinnungsgemeinschaft bewusst und wollen für die Menschen

Rahmenbedingungen sichern, die ihrer Freude am Leben förderlich sind - durch soziale Sicherheit und vielfältige Entfaltungsmöglichkeiten für ihre Talente - damit sich wirklich alle in unserer wunderschönen Stadt wohlfühlen können. Danke (*Applaus ÖVP*).

SPÖ

Gemeinderat Andreas Martiner

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich sage, wie es ist: Sowohl als Bürger dieser Stadt wie auch als Gemeinderat tut man sich schon schwer, diesen schwarzgrünen Kurs mitzuverfolgen: Von Geradlinigkeit ist da wenig zu sehen - das ist ein Slalom der Ungereimtheiten, der sich da auftut, ganz speziell auch in der Budget- und Finanzpolitik.

Das eine Mal wehklagt der Finanzreferent darüber, dass er auf der Titanic sitze und auf einen Eisberg zusteure. Ach ja, vor kurzem konnte man ja auch medial lesen, wir steuern nicht mehr auf einen Eisberg zu, er hat jetzt ein modernes Radar, aber was hilft es, sage ich, was hilft das moderne Radar, wenn man nicht weiß, vor allem Schwarz/Grün nicht weiß, wie dieses Radar funktioniert?

Man würde ja verstehen, wenn der Finanzstadtrat von eisernem Sparen spricht. Nur: Es fehlt die durchgängige Linie – einmal heißt es Sparen, dann wieder wird das Geld mit beiden Händen ausgegeben, als ob es kein Morgen gäbe.

Da wird beispielsweise über steigende Sozialausgaben gezetert – obwohl wir alle wissen, welche dramatische Situation durch die Finanz- und Wirtschaftskrise auf dem Arbeitsmarkt herrscht und gerade die Armen und Ärmsten es spüren müssen und auf sie es auswirkt. Dass dann aber gleichzeitig dreieinhalb Millionen Euro für ein paar hundert Meter Radweg ausgegeben werden sollen, das versteht dann kein Mensch mehr. Was jetzt, Herr Finanzstadtrat, noch immer nicht da, Sparen auf Kosten der Menschen, um Prestigeprojekte umzusetzen (*Applaus SPÖ*)?

Das ist es, was die Budgetpolitik der Stadt nicht stimmig macht, was sich auch in diesem Budgetentwurf wieder niederschlägt: Es gibt keine Gesamtkomposition, es ist Flickwerk, es ist ein Stückwerk, es ist laienhaft, nicht nachhaltig, sondern Populismus

und Medienpräsenz. Das haben wir ja auch in diesem Jahr erleben müssen, als wir von der Sozialdemokratie Sofortmaßnahmen gefordert haben gegen Arbeitslosigkeit, Schwarz/Grün hat es abgelehnt – mit scheinheiligen Argumenten, man mache schon so viel und ich frage mich, was macht man außer schönreden und schönfärben? Wissen Sie eigentlich, was es heißt, arbeitslos zu sein, in eine private Krise/Wertekrise/Sinnkrise, finanzielle Krise abzugleiten, nein, Sie können es nicht wissen, denn das soziale Gewissen ist sehr klein bei Ihnen und gleichzeitig kündigt man an großmächtig, Reininghausgründe zu kaufen. Um läppische 100 Millionen Euro. Ohne wirklich einen Plan zu haben, was man mit diesen Grundstücken dann letztendlich machen soll und was passieren soll. Aber wenn es um ein paar Euro Heizkostenzuschuss geht für die Ärmsten der Armen unter uns, muss die Sozialstadträtin stundenlang argumentieren. Was jetzt, Herr Finanzstadtrat, muss Graz sparen oder haben wir so viel Geld (*Applaus SPÖ*)?

Man genehmigt sich Hunderttausende von Euro und mehr, um das Hochwasser in Andritz und seine Folgen in Informationsbroschüren wegzureden – aber man schaut jahrelang zu, wie die Menschen in diesem Bezirk kniehoch im Wasser stehen. Weil alles ist halt nicht so einfach und auch so teuer. Deshalb muss ich im Namen meiner Fraktion feststellen, wir halten diesen Budgetentwurf für die nächste Mogelpackung, wo sind denn die Schwerpunktsetzungen, die den Grazerinnen und Grazern zugute kommen und vor allem, wo ist den wirklich ein Sanierungskurs zu sehen, der die Stadtfinanzen nachhaltig in Ordnung bringt, wie dies in der vergangenen Periode ja sehr wohl schon gestartet wurde?

Sagen Sie jetzt bitte nicht, Sie wollen mit dem Umkrempeln von Magistrat und Graz AG diese dringend notwendige Sanierung der Stadtfinanzen erreichen. Böse Zungen sagen nämlich, Sie wollen jetzt auch, nachdem Sie im Magistratsbereich alles, was nicht niet- und nagelfest war, verscherbeln. Und jetzt wird die Graz AG vorgenommen. Zuerst werden die Rücklagen der Graz AG verjuxt, dann werden die Immobilien der Graz AG verhökert - und wenn das alles weg ist, kommen die gewinnbringenden Filetstücke, deren es ja einige gibt, auf den Markt, denn einschlägige Heuschrecken warten schon: Denn mit dem Ankünder oder dem Flughafen, glaube ich, lässt sich auch noch viel Geld verdienen. Zweidrittelmehrheiten für Bereiche der Daseinsvorsorge werden ja schnell erreicht

und wenn für Mehrheitsbeschaffer etwas abfällt, sei es nur der eine oder andere Kilometer Radweg: Es wäre ja nicht zum ersten Mal, dass jemand seine Finger nach dem Grazer Wasser ausstreckt. Und nicht anders wird es beim Abfall laufen, und für den einen oder anderen Saubermann sicher auch von größtem Interesse sein wird.

Auf diesen Ausverkauf läuft es letztendlich in dieser Budgetpolitik hinaus. Sagen Sie es doch und geben Sie es doch zu (*Applaus SPÖ*). Ich bin noch nicht so lange in diesem Haus - ich habe mir aber sagen lassen, dass unser nunmehriger Bürgermeister schon seit gut und gerne Jahren, damals noch als Finanzreferent, davon spricht, wie viele Millionen von den übergeordneten Gebietskörperschaften kommen werden. Einmal waren es jährlich 20 Millionen, dann 50 Millionen oder auch 30 Millionen wie jetzt, die man über Mehrerträge bekommen möchte. Bis dato war aber nur der Wunsch der Vater des Gedanken - geflossen ist bislang noch kein müder Cent. Weihnachten steht zwar vor der Tür - aber ich zweifle daran, dass der Gabentisch derart reich gedeckt sein wird.

Und um die Rechenkunst auf die Spitze zu treiben, verkünden Sie dann auch noch, dass weitere 30 Millionen aus Beteiligungen und aus Strukturmaßnahmen letztendlich vom Magistrat kommen werden, um die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen zu schließen. Mit „Graz neu ordnen“, das soll der großen Wurf sein, werden vielleicht acht Millionen lukriert, woher glauben Sie die anderen 22 Millionen zu erreichen? Und selbst diese acht Millionen sind sehr, sehr fragwürdig: Denn auf seriösen Grundlagen ist ihr „Haus“ nicht aufgebaut, ganz im Gegenteil: Ohne Kosten-Nutzen-Analysen, ohne das Abwägen der Risiken, ohne Überprüfung der Konsequenzen für die Ver- und Entsorgungssicherheit der GrazerInnen gefährden Sie, meines Erachtens, mutwillig bestens funktionierende Strukturen im Magistrat und in der Graz AG, die Rechnung werden die MitarbeiterInnen und die Grazerinnen und Grazer zahlen. Die 50prozentige Erhöhung der Gebühren für die Stadtbibliotheken ist da nur ein kleiner Vorgeschmack.

Sehr geehrte Damen und Herren! Luftschlösser und teure Hochglanzbroschüren, das ist es, was Sie produzieren. Und sehr, sehr viel Papier: Wie eben dieses Budget. Ihr Budgetentwurf ist ein Sammelwerk an Zahlen, aber einen wirklichen, ehrlichen Gestaltungswillen kann ich darin nicht erkennen.

Sie verwalten die Misere, nein, ärger noch: Sie verschlimmern die Misere und färben es schön (*Applaus SPÖ*). Und nicht viel anders ist es um dieses Budget bestellt: Es ist auf Sand gebaut und es wurde von einer Politik erstellt, die den Kopf in den Sand steckt, der es an Einfühlungsvermögen für die Probleme und Anliegen der GrazerInnen fehlt. Es fehlt an Lösungen in der Beschäftigungspolitik, Sicherung von Arbeitsplätzen, Verbesserung von Sicherheitsfragen, Integrationsfragen, Stärkung des Wirtschaftsstandortes und ein modernes Verkehrskonzept.

Und noch schlimmer als dieses Unvermögen ist die Ignoranz mit allen Vorschlägen, die nicht aus dem schwarz/grünen Eck kommen. Sie aus Ihrer Sicht nicht einmal wert, in Ihre Überlegungen mit einzubeziehen und diese Form der Überheblichkeit ist wohl einzigartig. Jetzt wissen wir zwar alle, dass Hochmut vor dem Fall kommt - die Zeche für Ihren Hochmut werden aber leider die Grazerinnen und Grazer bezahlen müssen, in Form von Gebühren- und Tarifierhöhungen, in Form von Leistungseinschränkungen, in Form des Ab- und Ausverkaufs städtischen Vermögens.

Herr Finanzstadtrat, Herr Bürgermeister als Kapitän, Sie hatten leider Recht: Wir befinden uns auf der Titanic – und Schwarz/Grün steuert unbeirrt auf den Eisberg zu, trotz Radars. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRÜNE

Gemeinderat Peter H A G E N A U E R

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, Kolleginnen und Kollegen, Mitglieder der Stadtregierung und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Haus!

Der Verkehr ist ein besonderer Saft, in Abwandlung eines Zitates, stammt nicht von mir. Verkehr ist ein Bereich, der kein isolierter ist, sondern der, behaupte ich einmal in der gebotenen Bescheidenheit, mehr Bezüge und Zusammenhänge hat zu anderen Politikfeldern als die meisten anderen. Verkehr hat und wird in Zukunft eine enorme sozialpolitische Bedeutung bekommen, wenn wir uns vorstellen, wie in fünf oder zehn Jahren der Energiepreis ausschauen wird und welche Angebote wir dann für diese Zeit machen können. Verkehr hat natürlich einen enormen energiepolitischen und auch einen klimapolitischen Bezug, das Ihnen zu sagen, an einem Tag wie heute ist, glaube ich, nicht notwendig. Verkehr hat natürlich auch einen gesundheitspolitischen Bezug. Verkehr ist Gesundheitspolitik heute über weite Strecken und Verkehr ist last but not least Wirtschaftspolitik. Das zu tun, was alle anderen schon jahrelang tun, das hat mit Wirtschaftspolitik, wie Sie ja wahrscheinlich wissen werden, wenig zu tun. Wenn ich mich heute in der Wirtschaftspolitik durchsetzen will, heute mehr denn je, dann muss ich allen anderen voraus sein. Das heißt, ich muss, schauen Sie nur auf Energiepolitik, Rahmenbedingungen setzen, die es meiner Wirtschaft möglich macht, sich in Heimmärkten und insgesamt in ihren Strukturen auf Verhältnisse einzustellen, die schon in wenigen Jahren dann zutreffen werden, damit Sie eben nicht die letzten sind, sondern damit Sie gerade in einer kleinen Volkswirtschaft wie der österreichischen Ihrer Zeit voraus sind.

Die Ausgangslage in Graz schaut jetzt wie aus? Natürlich haben alle anderen Ballungsräume in Europa ihre Probleme (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), aber wir haben von diesen Problemen, wenn man genauer hinschaut, über weite Strecken leider Gottes ernstere. Wir haben die zitierten Probleme, was die Gesundheit anbelangt, Stichwort Feinstaub und andere Schadstoffe. Wir haben die Stauentwicklung samt den volkswirtschaftlichen Kosten

und anderes. Wir haben eine Situation, die wir zum Teil nicht ändern können, das ist die Topographie, das ist die Siedlungsstruktur. 80 % aller Verkehrswege beginnen beim Wohnort, das sagt alles. Was also das Verkehrsproblem ausmacht, und das können wir nicht ändern, ist allerdings hoffentlich jetzt im Zuge der laufenden Raumordnungsgesetzesnovelle wenigstens kurz vor einer, wenigstens nicht Verschlechterung, wie sie im Raum steht. Wenn wir also die Rahmenbedingungen anschauen, unter denen wir arbeiten müssen und die wir nicht ändern können, die aber relativ schlecht sind, dann müssen wir natürlich logischerweise dort ansetzen, wo wir an dieser Schraube drehen können, und das versucht diese Koalition jetzt, seit sie im Amt ist. Unterm Strich gesagt könnte man sagen, es geht nicht weiter so wie bisher, Verkehr ist, wenn ich auf den Vergleich zurückgehe des besonderen Saftes, eine Lebensgrundlage und wie das halt ist mit den Lebensgrundlagen, ich kann mich auch überfressen, wenn Sie mir das Wort gestatten, ich kann irgendwann in die Fettsucht kommen und dann darf ich den Patienten nicht fragen, was er momentan für Bedürfnisse hat, er wird sagen, er hat einen Hunger, ich muss dem Patienten eine Fitnesskur verordnen und genau das ist, auf ein Wort gebracht, natürlich das Regierungsprogramm, genau um das geht es. Wir können nicht weitertun wie bisher, das tun wir jetzt seit 60 Jahren, mit welchem Effekt, da gibt es keine Diskussion, was wir brauchen ist also logischerweise, wenn wir zu einem einzigen klaren Gedanken fähig sind, was wir brauchen, ist daher eine Wende und daran arbeiten wir (*Applaus Grüne*).

Es gibt allerdings nicht nur Probleme, die Stadt Graz hat auch Chancen, die Stadt Graz hat eine Wirtschaftsstruktur und eine auch durchaus Wissenschaftsstruktur, eine Landschaft und insgesamt eine Landschaft der Initiativen und der Mobilität, der geistigen Mobilität, die uns also positiv stimmen kann und darf. Schauen wir uns etwa unsere Leistungen am Alternativenenergiesektor an. Aber schauen wir uns auch eben den Mobilitätssektor an, schauen Sie sich an, wo heute etwa das Thema Elektromobilität sich bewegt. Es gibt Leute, die behaupten, die wird sich nicht in Europa, die wird sich nicht in den USA, sondern in China entscheiden. Was heißt denn das? Dass andere eben, wie gesagt, schneller waren als wir, aber wir haben trotzdem hier unsere Chancen und ich denke, wir werden sie auch nützen, sind jedenfalls dabei als einem der Punkte. Eine Anmerkung noch zum Positiven. Positiv ist für uns immer noch, trotz aller Fehler in der Vergangenheit, die Siedlungsstruktur, wir haben noch im Verhältnis kurze Wege, das kann man als Lob und als leise Kritik,

wenn Sie gestatten, verstehen. 46 % der Wege in Graz gehen nicht weiter als 4,8 Kilometer, Sie kennen die Zahl, ich wiederhole sie trotzdem. Acht Prozent übrigens weniger als einen Kilometer, und wenn Sie jetzt nur an das kleine Beispiel Elektrofahrrad denken, das verdoppelt den Radius, das heißt theoretisch, praktisch wird es das nicht spielen. 75 % der Fahrten könnte man auch mit einem Elektrofahrrad, wenn sonst alles stimmt, bewerkstelligen. Das wird es nicht sein, wir halten bei 16 % bekanntlich beim Radfahren in dieser schönen Stadt, und zum Abschluss also zu dem Punkt, weiter so. Konkret es geht also um die Wende, wir haben uns ein Ziel gesetzt, ein konkretes, 60 % Anteil des Umweltverbundes und die dazugehörigen Maßnahmen. Dazu ist natürlich enorm viel zu tun, keine Frage, ist vieles noch offen, ist enorm viel und einiges in die Wege geleitet worden und auch schon nicht wenig abgeschlossen, das zum Abschluss nur stichwortartig jetzt.

Im Bereich öffentlicher Verkehr: Vorrang für Straßenbahn und Busse, ja genau, irgendwann wird man sich entscheiden müssen, irgendwann wird man, wie gesagt, nicht hergehen können und sagen, ja nebeneinander, das haben wir ja seit 60 Jahren das Nebeneinander und das Ergebnis kennen wir. Ich kann nicht hergehen und populistisch und irrational hergehen und sagen, ja die Straßenbahn soll im Stau stehen, der Bus soll im Stau stehen und dann die Leute zitieren, die sagen, ja warum soll ich denn in den Bus einsteigen, wenn er dauernd im Stau steht? Das passt ja nicht ganz zusammen, Herr Ingenieur (*Applaus Grüne*). Das passt nicht zusammen, abgesehen davon können wir uns das nicht leisten. Wir können uns das nicht leisten, dass die Straßenbahnen und die Busse die halbe Zeit im Stau stehen.

Zwischenrufe unverständlich.

GR. **Hagenauer:** Ja eben, dann schreien Sie nicht so populistisch durch die Gegend, wenn die Koalition Maßnahmen ergreift zur Beschleunigung von Straßenbahnen und Bussen. Übrigens ein Projekt, das wir seit Jahrzehnten, ich habe den Nachteil, dass ich mich an gewisse Dinge erinnern kann, seit Jahrzehnten in Graz haben die Straßenbahnen, die technische Voraussetzung schon, nur man hat nicht den Mut

gehabt, das auch einfach schlicht und ergreifend umzusetzen. Hat nicht einmal viel gekostet. Der nächste Punkte, Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof, ist auf Schiene im doppelten Sinn des Wortes, kostet nicht wenig, ist aber ein Projekt im Hinblick auch auf den Ausbau der S-Bahn insgesamt in der Steiermark. Es hat Maßnahmen gegeben, natürlich die zitierten Neuanschaffungen der Straßenbahnen, nicht wenig Geld, von uns angestrebt, die längeren, sobald es nur geht, samt Werkstätten. Es gibt Maßnahmen im Tarifbereich, etwa für die Studenten, und an der Stelle und hier und heute, nämlich in einer Budgetdebatte, ja, keine Frage, wenn wir Straßenbahnen ausbauen wollen in Graz und das kostet, dann werden wir uns auch um die Einnahmenseite kümmern müssen, keine Frage (*Applaus Grüne*). Noch kurz zu den anderen Maßnahmen. Es ist einiges weitergegangen im Bereich des Radfahrens vom Netz bis zu den Aufstellanlagen im Bereich der Ampelregelungen, im Bereich der Verkehrsberuhigung, der Gefahrenpunkte an Kreuzungen und nicht zuletzt bei Projekten wie die Annenstraße, die ebenfalls auf Schiene gebracht wird. Zum Abschluss also ein Danke an diejenigen, wo ich mich oft frage, wie macht er das, der Kroissenbrunner, wie macht er das, der Höpfl, wie macht er das, der Spinka, das was ich genannt habe an vieler Arbeit landet ja und wird nicht zuletzt von Mitarbeitern hier im Haus geleistet und eine Zusammenfassung, die ich bitte Sie mitzunehmen, nehmen Sie die Verantwortung wahr, sind Sie sich der Verantwortung bewusst, in der unsere Generation steht. Wir haben eine Generation, wir sind eine Generation, die mehr Verantwortung hat als jede andere vor uns in der ganzen Menschheitsgeschichte. Und das hat damit zu tun, dass wir mit unseren Ressourcen nicht umgehen, wie wir es sollten. Ressourcen wie die Luft, die Energie, die Gesundheit und wir haben genug Probleme, wir haben also daher genug Raum für alle politischen Parteien und alle Politiker im Sinne eines Ideenwettbewerbs unseren Beitrag zu liefern und ich bitte Sie noch einmal keinen Populismus, das haben wir nicht notwendig, und das hat vor allem die Bevölkerung der Stadt Graz nicht verdient. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*)

K P Ö

Gemeinderat Manfred E b e r

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Zurzeit finden ja bekanntermaßen die Arbeiten am neuen Stadtentwicklungskonzept statt, dem STEK 4.0. Dabei ist meines Erachtens das Bemühen von allen Beteiligten festzustellen, eine Arbeitsgrundlage für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt zu entwerfen, die den Ansprüchen einer sozialen, einer solidarischen, einer grünen Stadt, und das auf tragfähiger finanzieller Basis, gerecht werden soll.

Wichtig ist dabei ist meines Erachtens, dass Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden. Das Kommodhaus und das Haus am Lendplatz 38 sind nur zwei Beispiele dafür, dass private Investoren, wenn es um ihre Profite geht, über keine Skrupel verfügen, schützenswerte Kulturdenkmäler abzureißen und dass sie dabei auch auf die Unterstützung der Mehrheitsparteien im Rathaus, im konkreten Fall bei diesen zwei Beispielen allerdings noch auf Schwarz-Rot, nicht auf Schwarz-Grün, zählen können. Aber auch die häufigen Überschreitungen bei der Bebauungsdichte, und zwar nicht um einige wenige Prozent, sondern um ein Fünftel, ein Viertel oder noch mehr, sowie die zu vielen Baubewilligungen im Grüngürtel müssen der Vergangenheit angehören. Das Stadtentwicklungskonzept 4.0 sollte hier ganz klare Vorgaben liefern, und die bisherigen Diskussionen lassen mich da durchaus optimistisch in die Zukunft blicken. Aber auf der Hut werden wir wie auch bisher sein.

Es ist wichtig, dass die Politik Bürgerinitiativen nicht als lästige Querulanten ansieht, sondern als Expertinnen und Experten in ihrem jeweiligen Lebensumfeld in die Diskussionen rechtzeitig mit einbezieht.

So gab es etwa sehr aktive Bürgerinitiativen im Zusammenhang mit dem geplanten ECE. Diese warnten davor, ein neues Einkaufszentrum zu errichten, weil Graz mit den Umlandgemeinden ohnehin bereits viele, manche meinen zu viele, Einkaufszentren hat. Dies ist nicht nur ein Gefühl von manchen, sondern lässt sich durch Zahlen untermauern. Graz hat laut Regioplan eine dreimal so hohe Dichte an

Einkaufszentren, also an Verkaufsfläche pro Einwohner, wie Wien. Die Bürgerinitiativen warnten in diesem Zusammenhang davor, dass die Annenstraße nicht aufgewertet wird, sondern im Gegenteil, durch ein neues Einkaufszentrum weiter verliert. Und sie warnten davor, dass die unmittelbare Lebensqualität der Anrainerinnen und Anrainer noch stärker darunter leidet, insbesondere durch den zunehmenden Verkehr, und das in einem Gebiet, das jetzt bereits zu den höchstbelasteten gehört.

Bereits im Dezember 2008 hat die KPÖ davor gewarnt, dass angesichts der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise dieses Projekt scheitern könnte. Ich freue mich, dass die KPÖ durch ihre kritische Haltung zur jetzigen Entwicklung beigetragen hat: Der Investor hat sich tatsächlich zurückgezogen und es ergeben sich neue Möglichkeiten, dieses Areal sinnvoll zu nutzen. Blamiert sind jetzt neben der ÖVP auch SPÖ und FPÖ, die den Bebauungsplan im letzten Jahr durchgedrückt haben.

Für die Grazer KPÖ ergeben sich jetzt aber auch einige Fragen: Was wird aus den vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Stadt Graz und der ECE-Gruppe? Welche Kosten hat die Stadt insgesamt für das geplatzte Projekt zu tragen? Werden die für das ECE-Projekt gemachten Änderungen des Stadtentwicklungskonzepts und des Flächenwidmungsplanes jetzt wieder zurückgenommen? Was wird aus dem vom Gemeinderat beschlossenen Bebauungsplan? Gibt es Auswirkungen durch das Aus für das ECE auf die Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof? Werden sich ÖVP-Politikerinnen und -Politiker und Meinungsmacher bei den Kritikerinnen und Kritikern des Mammutprojektes ECE dafür entschuldigen, dass sie ihnen Arbeitsplatzvernichtung und alle möglichen anderen Sünden vorgeworfen haben? Und: Was haben die neuen Eigentümer - die City-Park-Betreiberfamilie Poppmeier - mit dem Areal vor?

Durch Vorgaben und Verhandlungen mit dem neuen Eigentümer - unter Miteinbeziehung der Bevölkerung - könnte nun in diesem Gebiet eine wirtschaftliche, ökologische und sozial sinnvolle Nutzung entstehen. Die Stadt Graz, die Grazer Stadtregierung ist hier gefordert.

Gefordert ist die Stadt aber auch in einer anderen wichtigen Frage, der Entwicklung der Reininghausgründe. Die KPÖ hat von Anfang an davor gewarnt, privaten

Investoren die Entwicklung dieses Gebiets zu überlassen, die Kosten aber, etwa für die Infrastruktur, auf die Stadt Graz abzuwälzen. Nunmehr haben sich auch diese Pläne zerschlagen.

Ich möchte an dieser Stelle erinnern: Wir haben uns hier im Gemeinderat im letzten Jahr wiederholt mit der Wirtschaftskrise und ihren Folgen auf die Kommunen und über mögliche Maßnahmen, die gegensteuern sollten, beschäftigt. Dabei wurden Vorschläge, die wir gemacht haben, aber auch manche, die von der SPÖ eingebracht wurden, zumeist von der schwarz-grünen Koalition niedergestimmt. Jetzt ist es aber an der Zeit - trotz der schwierigen finanziellen Lage - durch eine Wohnbau- und Beschäftigungsinitiative die Lage auf dem angespannten Arbeitsmarkt ebenso wie auf dem nicht minder angespannten Wohnungsmarkt in unserer Stadt zu entschärfen.

Die Stadt Graz selbst muss hier endlich initiativ und aktiv werden. Wir brauchen Arbeitsplätze ebenso dringend wie leistbaren Wohnraum, wir brauchen eine soziale und ökologische Stadtentwicklung ebenso wie eine neue Form der Solidarität mit den Menschen in unserer Stadt, denen es nicht so gut geht.

Wie können aber derartige Wünsche oder vielmehr Notwendigkeiten finanziert werden in einer Zeit, in der vom Bürgermeister abwärts alle über Budgetnöte lamentieren?

Die KPÖ fordert seit langem die Einhebung einer Nahverkehrsabgabe. Damit sollen die Unternehmer für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs in die Pflicht genommen werden. Es sind ja gerade die großen Betriebe, die von der Infrastruktur, die die öffentliche Hand zur Verfügung stellt, profitieren. Es ist also keine Zumutung, sondern nur recht und billig, wenn beispielsweise Einkaufszentren den öffentlichen Personennahverkehr mitfinanzieren und damit auch selbst besser von diesem erschlossen werden können. Im Landtags-Unterausschuss zur Novelle des Raumordnungsgesetzes wird nun eine Parkplatzabgabe diskutiert. Allerdings scheinen sich SPÖ und ÖVP selbst nicht ganz im Klaren zu sein, was sie damit eigentlich wollen. Sicherlich führt diese Abgabe, deren Höhe noch nicht feststeht, nicht zu einem Stopp des Baus von Einkaufszentren, sei es auf der "grünen Wiese", sei es im innerstädtischen Bereich. Aber sie könnte durchaus geeignet sein, die Entwicklung und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs zu forcieren.

Eine Nahverkehrsabgabe, wie wir sie vorschlagen, ist umfassender und belastet dabei nicht die privaten Haushalte und die kleinen Betriebe, sondern sie setzt an der Umsatz- und Profitmaximierung der großen Unternehmen an, ist also auch ein kleiner Beitrag zur Umverteilung von den Reichen zu den weniger Begüterten (*Applaus KPÖ*).

Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie auch die Stadt Graz selbst einen Beitrag zur Besserung ihrer finanziellen Lage leisten kann.

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit auch benützen, auch einmal danke zu sagen, nämlich für die gute Zusammenarbeit im Planungsausschuss, und da möchte ich stellvertretend erwähnen den Vorsitzenden Georg Topf, ich möchte auch danke sagen an alle beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und hier möchte ich wiederum stellvertretend nennen den Baudirektor Dipl.-Ing. Werle und den Leiter des Stadtplanungsamtes Dipl.-Ing. Redik. Vielen Dank und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

FPÖ

Gemeinderat Mag. Harald K o r s c h e l t

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauergalerie, liebe Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates!

Ich hatte schon öfters die Ehre, für meine Fraktion zum jeweiligen Budget Stellung zu nehmen, im Laufe der Zeit habe ich es hie und da zum Hauptredner gebracht, hie und da zum Zweitredner, heute bin ich Zweitredner. Ich habe auch versucht, dieses Budget immer ein bisschen zu verdeutlichen, ich habe es einmal abgewogen, es waren 1,6 Kilo, ich habe einmal versucht, es umzurechnen das Budget, wie viel Feuerwehrautos hätte man mit diesem Budget kaufen können oder ich habe einmal versucht, die Euro-Pakete aufzulisten, wie lange eben die Strecke der Euro-Pakete wäre, um dieses Budget abzubilden. Bei all diesen Versuchen, und dessen bin ich mir bewusst, ist das Interesse der Gemeinderatsmitglieder und auch der Medien hat sich in Grenzen gehalten. Da ist schon für mich der Brückenschlag mit der Öffentlichkeit, wenn sich heute wieder einmal gezeigt hat, dass maximal fünfzehn Grazer Bürger sich über das Grazer Budget informiert haben, ist auch für mich, jemand, der mit Zahlen gewohnt ist zu agieren, nicht möglich, hier eine Prozent- oder Promillezahl im Verhältnis mit dem Grazer Bürgern auszurechnen. Aber als alter Gewerkschafter ist mir immer der Spruch im Hinterkopf „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren“ und deshalb werde ich mich heute bemühen und um Ihre Aufmerksamkeit kämpfen.

Das Budget, und das ist eh heute schon öfters gesagt worden, ist der in Zahlen gegossene Wille der Machthaber in dieser Stadt Graz und ich werde versuchen, unsere Kritik an diesem Willen der Stadt in Zitaten aus der Welt der darstellenden Künste zu belegen. Für uns Freiheitliche steht das Grazer Budget Budget 2010 unter dem Schlagwort „Die ganze Welt ist Bühne“, und ich darf gleich mit der aktuellen Produktion der Oper Graz, mit der Fledermaus, beginnen.

Für Sie meine Damen und Herren von Schwarz/Grün spricht Dr. Falke aus der Fledermaus: „Glücklich ist, wer vergisst, was nicht mehr zu ändern ist.“

Wir von der FPÖ Graz können uns für dieses Lied aus der Fledermaus im Rahmen des Budgets 2010 nicht erwärmen. Wir werden weder vergessen, noch werden wir glücklich sein – wir werden ändern.

Wir vergessen nicht, dass man zurzeit weder im Grazer Stadtpark noch im Volksgarten in der Nacht gehen kann – wir werden es ändern, siehe meinen dringlichen Antrag vom 3.6.2008. Wir vergessen nicht, dass in einigen Grazer Schulen der Anteil an nicht deutschsprachigen Schülern bei über 92 % liegt – wir werden es ändern. Siehe dringlicher Antrag der Kollegin Gemeinderätin Benedik vom 15.10.2008. Wir vergessen nicht, dass in Gries und Lend die verschleierte Frau zum Alltagsbild gehört und dass die Unterdrückung der Frau im Namen der Religion wieder fröhliche Urstände feiert – wir werden es ändern. Hier erinnere ich an den dringlichen Antrag von Alt-Klubobfrau Gemeinderätin Binder von den Grünen zum Thema Zwangsverheiratung vom 19.11. dieses Jahres. Wir vergessen nicht, dass sich die Ärmsten der Armen der Stadt Graz um 25,-- Euro für die sogenannte Weihnachtsgabe anstellen müssen – wir werden es ändern – ich muss ehrlich sagen, ich oder wir schämen uns dafür, für diese 25 Euro. Ich komme darauf noch einmal zu sprechen, die Erhöhung der Verfügungsmittel 2010 im Budget. Wir vergessen nicht, dass behinderte Menschen gezwungen werden, auf Grazer Straßen betteln gehen zu müssen – wir werden es ändern. Siehe den dringlichen Antrag unseres Klubobmannes Armin Sippel vom 8.5. dieses Jahres.

Der Darsteller des Grazer Budgets 2010 kann einem schon leid tun, da er der Interpret des Wolgaliedes von Franz Lehar ist: Ich darf das Lied zitieren: „Es steht ein Soldat am Wolgastrand, hält Wache für sein Vaterland. In dunkler Nacht allein und fern, es leuchtet ihm kein Mond, kein Stern. Regungslos die Steppe schweigt, eine Träne ihm ins Auge steigt: Und er fühlt, wie`s im Herzen frisst und nagt, wenn ein Mensch verlassen ist, und er klagt, und er fragt: Hast du dort oben vergessen auf mich? Es sehnt doch mein Herz auch nach Liebe sich. Du hast im Himmel viel' Engel bei dir! Schick doch einen davon auch zu mir.“

Sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, lieber Gerhard Rüschi! Der Engel wird nicht kommen, er wird weder aus dem Finanzministerium kommen, noch wird er aus der Finanzabteilung des Landes kommen. Das Rauschen kommt nicht von den Flügeln der Engel, sondern von den Schwingen des Pleitegeiers, der schon vor deiner Zeit

von Finanzstadtrat Dr. Riedler und auch Finanzstadtrat Mag. Nagl fleißig gefüttert wurde.

Überhaupt begleitet die bekannte Arie aus dem Zigeunerbaron von Johann Strauß das Grazer Budget 2010:

Ja, das Schreiben und das Lesen, ist nie mein Fach gewesen, denn schon von Kindesbeinen befasst` ich mich mit Schweinen,..."

Gerade auf das das im Budget 2010 fußende „Haus Graz“ ist ein Lehrbeispiel, wie man es nicht machen sollte.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat! Diese Vorgangsweise ist eurer nicht würdig. Ihr habt gemeinsam mit eurem grünen Blinddarm ein wirklich gutes Projekt schon am Anfang umgebracht.

Darüberfahren war die Devise und nicht einbinden der politischen Kräfte der Stadt Graz. Wenn ich immer höre, der Gemeinderat sei das höchste Organ der Stadt Graz, dann kann ich nur bitter lachen.

Wir, die gewählten Gemeinderäte, haben zuletzt von diesem Projekt erfahren und wenn es nicht die Medien gäbe, dann hätte sich der schwarz/grüne Nebel überhaupt nicht gelichtet.

Eine absolute Sondervorstellung hat der Chefverhandler der Grünen, Assistenzprofessor Dr. Gerhard Wohlfahrt, gegeben. Zuerst bis knapp vor dem Schlussapplaus, dafür dann eine Rolle rückwärts. Sehr geehrter Kollege Wohlfahrt, wenn Sie auf der Uni auch so agieren wie im „Haus Graz“, dann verstehe ich voll und ganz die Studentenproteste (*Applaus FPÖ*).

Von Grün ist der Sprung zu Rot nicht weit.

Zum Lied von Maria von Schmedes:

„Was hab den I? I hab rote Haare, feuerrote Haar sogar“.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Frau Stadträtin Grabner!

Katastrophenschutz und Feuerwehrwesen sind zentrale Aufgaben der Stadtverwaltung.

Stichwort: Hochwasserschutz in Andritz, Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr. Darum verwundert es umso mehr, wenn beim letzten Bezirkskoordinationsausschuss Graz-Stadt der Herr Bürgermeister verhindert war, die Frau Bürgermeisterstellvertreterin nicht anwesend war und die zuständige Stadträtin für Feuerwehrwesen sich nach zirka 20 Minuten zu einer Weihnachtsfeier vertschüsselt hat. ÖVP-Gemeinderäte, KPÖ-Gemeinderäte und Grünen-Gemeinderäte wurden ebenfalls nicht gesichtet. Einzig Kollege Eichberger von den Grazer Sozialdemokraten hat gemeinsam mit mir die Politik der Stadt Graz vertreten (*Applaus FPÖ*).

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sich nur bei Feuerwehrfesten sehen zu lassen und sich vor neuen Feuerwehrautos fotografieren zu lassen, erscheint mir als zu wenig. Leider viel zu viel sind die nächsten Voranschlagsstellen im Grazer Budget 2010, zu denen Prinz Orlofsky aus der Fledermaus die passende Arie vorhältig hat:

Ich lade gern mir Gäste ein, man lebt bei mir recht fein. Man unterhält sich wie man mag, oft bis zum hellen Tag! Zwar langweil` ich mich stets dabei, was man auch treibt und spricht.“

So stiegen die Repräsentationsausgaben um satte 24,4 % auf 427.600,-- Euro und die Verfügungsmittel um die Kleinigkeit von 79 % auf 401.500,- Euro. Zum Ausgleich wurden die Kanalgebühren und die Ausleihgebühren der städtischen Bibliotheken dafür erhöht. Der Valentin aus Ferdinand Raimunds Verschwender lässt herzlich grüßen.

Sehr geehrte Damen und Herren von der schwarz/grünen Dampfwalze! 2010 werden Sie Dampf ablassen müssen.

Wie heißt es doch in den Meistersingern von Wagner:

„Lasst uns beginnen, der Meister wartet!“

Der Meister wird 2010 der Wähler sein und Ihnen bei den Landtagswahlen in der Landeshauptstadt Graz auf gut steirisch zeigen, wo der Bartl den Most holt (*Applaus FPÖ*).

Unter diesen Voraussetzungen werden Sie sicher nicht überrascht sein, wenn wir Freiheitlichen in diesem Haus das Budget 2010 ablehnen. Danke (*Applaus FPÖ*).

B Z Ö

Gemeinderat Mag. Gerhard M a r i a c h e r

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Bürgerinnen und Bürger!

Wenn man sich heute Reden anhört, und das ist der Vorteil, wenn man ganz zum Schluss kommt, dann kann man ein bisschen sinnieren und reflektieren, was man so gehört hat. Die Conclusio für mich ist unter anderem, dass das Budget 2010 mir vorkommt, als wenn die Koalition aus Schwarz und Grün glaubt, bereits Licht am Ende des Tunnels zu sehen, aber ich muss Ihnen leider konstatieren, es sind nur die Lichter des entgegenkommenden Zuges. Es ist kein Sonnenschein in Sicht, es ist nicht in Sicht, dass wir über den Berg herüber sind, wir befinden uns in einem endlosen Strudel schon seit Jahren. Die Sünden der Vergangenheit lassen uns nicht los.

Wenn man die Zielsetzung allein anschaut, die wir heute dargeboten und bekommen haben und auch in den letzten Sitzungen seitens der schwarz/grünen Koalition im Bereich der Verkehrspolitik, so darf ich erinnern, dass erst in der letzten Sitzung die Grünen einen dringlichen Antrag von uns, vom BZÖ, von den Reformdemokraten, abgelehnt haben, zur Schutzhelmpflicht für Kinder und jugendliche Radfahrer.

Die neu angeschafften Straßenbahnen, die rund 100 Millionen Euro kosten, haben weniger Sitzplätze denn je, anscheinend übersieht man hier die älter werdende Bevölkerung, übersieht, dass sehr viele mit der Straßenbahn unterwegs sein möchten, die nicht entsprechend sich setzen können.

Ich erinnere an die Vernichtung von Parkplätzen im Herz-Jesu-Viertel, wo dutzende Parkplätze gestrichen werden, immer mehr Wohnungen entstehen, die Leute nicht mehr wissen, wo ein Verkehr entsteht der Parkplatzsuche und wo auch, und da bin ich durchaus auch mit anderen, die sich für soziale Belange interessieren, einer Meinung, es passiert hier wirklich eine Differenzierung, eine soziale Auslese der negativen Art, indem die Reichen sich gratis oder indem die Reichen sich private

Tiefgaragenplätze bauen und auf die Stadt Graz pfeifen können und die anderen, die sich eben diesen gehobenen Standard nicht leisten können, missachtet werden.

Die eingeforderte Budgetdiät seitens der Grünen kann ich beim vorliegenden Budget überhaupt nicht erkennen. Die Diät ist so, als wenn man eine Wende vornimmt, die ja auch angeschnitten war, aber eine Wende mit 360 Grad, das heißt, man dreht sich maximal im Kreis und kommt nicht vom Fleck (*Applaus BZÖ*).

Die Situation wurde von den Regierungsparteien in den letzten Jahren in den Phasen der Hochkonjunktur verschlafen, man hat nicht für schlechte Zeiten angespart, man hat nichts auf die Seite gelegt, um in dieser Phase der Krise, die manche ja auch ein bisschen kommen gesehen haben, wirklich vorzubeugen. Die Kreditzinsraten, die angeschnitten worden sind und wo der Herr Kollege Wohlfahrt meint, na ja, das sei ja alles nur Angstgespenst, ich glaube, dass es nicht unbedingt ein Angstgespenst ist, man hat zwar durchaus Vorsorge getroffen, indem man einen erheblichen Anteil der Kredite der Stadt Graz in festverzinsliche Papier umgewandelt hat, aber sollte diese Steigerung des Zinsniveau wirklich schlagend werden, würde eine Lücke in diesem Haushalt klaffen, den ich als Szenario Paula bezeichne. Paula war wie gesagt der namensgleiche Sturm im Jänner 2008, der ganze Landstriche lahmgelegt hat. Hierfür wurde keine Vorsorge getroffen und ich kann mir durchaus vorstellen, dass wir im nächsten Jahr entsprechende Nachtragskreditfinanzierungen hier zum Beschluss vorzulegen bekommen haben. Die Ausgaben steigen, natürlich, ist auch angeschnitten worden, nicht nur durch die wirtschaftliche Notlage, auch im Bereich der Sozialausgaben haben wir erhebliche Aufwendungen und da fordern wir natürlich, dass hier auch mit aller Schärfe Missbrauchsfälle wirklich begegnet wird, indem in allen Fällen, wo die E-Card in Anwendung kommt und die zunehmend als Bürger-Karte auch benutzt werden soll, auch die entsprechende Ausweispflicht zur Geltung kommt, wie wir es bereits in Wien umgesetzt sehen. Diese Maßnahme ist, glaube ich, ganz wichtig, um wirklich das Geld, was eben verfügbar ist, wirklich denjenigen zu geben, die wirklich bedürftig sind und die es brauchen. Es werden aber auch Schnitte ins eigene Fleisch vorgenommen werden müssen. Man soll ja selber erst bei sich beginnen, bevor man andere in Anbetracht nimmt. Der Sparwille ist daher in diesem Budget aber nicht dokumentierbar, weil eben die Politik, weil die Politik in ihrem eigenen Verantwortungsbereich keine Vorbildwirkung zeigt, eben nicht den Sparstift ansetzt und nicht zu sparen begonnen hat. Ich erinnere an unsere Anträge, die wir eingereicht haben zur Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder von

neun auf fünf Mitglieder, Halbierung der Anzahl der Gemeinderatsmitglieder, drastische Reduzierung der Politsekretäre und, und, und, ständige BZÖ-Forderungen, die endlich umgesetzt gehören, aber dazu fehlen die entsprechenden Beschlüsse mit Mehrheiten, um das auch in ein Budget zu gießen.

Die Finanzausgleichsverhandlungen waren ja in der Vergangenheit nicht unbedingt erfolgreich, hier hat man sich vielleicht in Graz auch etwas überschätzt, dennoch zwingt uns die soziale Lage, dass wir anstreben müssen, in vorzeitige Finanzausgleichsverhandlungen zu gehen. Das BZÖ fordert aber auch als Reformdemokraten, dass wir wirklich auch schauen, wo wir Erträge für die Stadt Graz für unsere zukünftigen Aufwendungen erzielen können. Wir stehen daher positiv zu nachhaltigen Investitionen in Unternehmen, Beteiligungen und Projekte, auch zu P.P.P.-Modellen, Private-Puplic-Partnerschaftsmodellen, um hier wirklich nachhaltig Erträge zu erwirtschaften, die wir dringend brauchen. Es gibt ja Gemeinden, auch in Richtung Sozialdemokratie, die ja sehr erfolgreich wirken.

Vor diesem Hintergrund sind die bereits angeschnittenen Umweltzonen ein fürchterlicher Schuss ins Knie, weil bekanntlich bereits 250 Firmen ernsthaft darüber nachdenken, die Stadt Graz zu verlassen, abzusiedeln. Hier geht es darum, diese Unternehmen in Graz zu halten, vor allem die Arbeitsplätze zu sichern, wir wissen alle, dass die beste Armutsbekämpfung ist, wenn die Menschen, die Grazerinnen und Grazer in unserer Stadt Arbeit haben und hier selbständig und eigenverantwortlich tätig werden können und ihr Gerstl verdienen, ihren Gehalt verdienen, ohne vom Sozialtopf Stadt, Land oder Bund abhängig zu werden.

Wer immer noch glaubt, dass die Budgetmisere, die in Graz einfach virulent ist, unbedeutend ist, der schaue möglicherweise in die weite Welt, nach Dubai oder gerne nach Griechenland. Trieben oder Hartberg oder Fohnsdorf in der Steiermark wurden ja genannt.

Um aus diesem Teufelskreis herauszukommen, sind aber auch entsprechende Maßnahmen im hoheitlichen Bereich der Stadt Graz zu treffen, um normale dienstrechtliche Verhältnisse herzustellen. Es wird den Bürgerinnen und Bürgern nicht erklärbar sein, warum die Jahresnettoarbeitszeit im Magistrat keine 1.700 Stunden beträgt, die entsprechenden Privilegien in den höheren Rängen, bei den sogenannten Goldfasanen, sind auch entsprechend in Frage zu stellen, einzuschleifen oder abzuschaffen. Wichtig ist, die Fleißigen und Tüchtigen im

Magistrats, die es absolut gibt, zu beschützen und ihnen auch entsprechende Arbeitsverhältnisse zu geben, die das Arbeiten sinnvoll und wertschätzend machen. Diejenigen, die nicht können, das sage ich auch ganz ausdrücklich, denen soll man helfen, hier ist die solidarische Hilfe absolut geboten. Das BZÖ sieht als Reformdemokraten im vorliegenden Haushalt der Stadt Graz keine Sanierung, keine strukturellen Eingriffe seitens der Stadt Graz, die die Finanzmisere wirklich erforderlich machen. Wir sehen auch keine Möglichkeit hier wirklich Kosten einzusparen und der Vorschlag, der von grüner Seite gekommen ist, einfach neue Steuern einzuführen, Abgaben zu erhöhen, der wird von uns auf jede Weise abgelehnt werden jetzt und in der Zukunft. Das BZÖ wird daher keine Zustimmung zum vorliegenden Budget geben. Danke sehr (*Applaus BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Ich habe eine positive Nachricht soeben bekommen, der Rektor der Technischen Universität Graz Hans Sünkel wurde heute bei der Plenarversammlung der Österreichischen Universitätskonferenz an der Universität Linz zum neuen Präsidenten dieser Konferenz gewählt, er wird mit Jahresbeginn 2010 seine Amtsgeschäfte aufnehmen, und das Präsidium wird mit ihm gemeinsam bis Ende 2011 arbeiten. Im Präsidium ist unter anderem auch noch Alfred Gutschelhofer, der Universitätsrektor unserer Karl-Franzens-Universität, wir gratulieren herzlich (*Applaus ÖVP*).

Ich unterbreche jetzt die Gemeinderatssitzung, es ist jetzt dreiviertel eins, wir werden um 14.30 Uhr den Ausschuss fortsetzen, der Bildungsbereich, da darf ich in den Stadtsenatssitzungssaal bitten, und um 14.45 Uhr setzen wir dann auch die Gemeinderatssitzung fort.

Unterbrechung des Gemeinderates von 12.50 bis 15.00 Uhr.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf vorweg mich noch bedanken, es wurde von meinem Bürgermeisterkollegen der Stadt Pecs an uns ein Schreiben geschickt und auch Prospekte mitgeschickt, wir haben sie aufgelegt. Unsere Schwestern- und Partnerstadt Pecs in Ungarn hat nächstes Jahr die große Ehre, auch noch vor unserer zweiten Schwesterstadt Maribor Kulturhauptstadt Europas zu sein, wir werden uns da auch noch im nächsten Jahr drüber unterhalten, in welcher Form und wie oft und wer von uns auch unsere Schwesterstadt einen Besuch abstatten wird, und dass wir auch deren Bemühungen würdigen und sie haben ein sehr vielfältiges Programm und verweisen in diesem ersten Folder auch schon auf die wichtigsten Bereiche wie das Weltkulturerbe, wie die Porzellanherstellung, das Bistum und vieles mehr, auch die modernen Künste, und ich darf Sie ersuchen, auch Ihre persönliche Reiseroute vielleicht einmal in unsere Schwesterstadt zu lenken.